

Datenschutzerklärung für die Videokonferenzlösung Zoom an der FernUniversität in Hagen

Stand: Juli 2020

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Die Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutz-Grundverordnung und der jeweils einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen („Stelle, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet“) ist die

FernUniversität in Hagen
Universitätsstraße 47
58097 Hagen

Körperschaft des Öffentlichen Rechts
vertreten durch
die Rektorin Prof. Dr. Ada Pellert
Tel.: 02331 987 - 2400
E-Mail: rektorin@fernuni-hagen.de

II. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

Erreichbarkeit des behördlich bestellten Datenschutzbeauftragten:

Postanschrift:
Datenschutzbeauftragter der FernUniversität in Hagen
58084 Hagen

Hausanschrift:
Universitätsstraße 27
58097 Hagen

Tel.: 02331 987 - 2511
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@FernUni-Hagen.de

III. Allgemeines zur Datenverarbeitung

Datenverarbeitungsvorgänge umfassen das Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Anpassen, Verändern, Auslesen, Abfragen, Übermitteln und Löschen von personenbezogenen oder personenbeziehenden Daten.

Personenbezogene oder personenbeziehende Daten (nachfolgend kurz: personenbezogene Daten) sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen und Ausdruck ihrer Identität sind.

Die FernUniversität in Hagen als Körperschaft des Öffentlichen Rechts verarbeitet personenbezogene Daten *auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)* sowie der einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze und -bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen, die ergänzend oder nachrangig zu den Vorschriften der Europäischen Union Anwendung finden. Dies ist nach seinem Inkrafttreten insbesondere das Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner an die DSGVO angepassten Fassung.

Der Zweck, Umfang und die Dauer unserer Datenverarbeitungsvorgänge richtet sich in den meisten Fällen nach dem gesetzlichen Auftrag der Hochschule gemäß § 3 Hochschulgesetz NRW und der damit in Verbindung stehenden Rechtsnormen.

Dieser Auftrag umfasst insbesondere die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre, Studium, wissenschaftlicher Nachwuchsförderung und Wissenstransfer unter Berücksichtigung der sozialen und demokratischen Verantwortung. Besonderes Einsatzgebiet der FernUniversität in Hagen ist die Förderung und Entwicklung des Fernstudiums.

Des Weiteren unterliegt die Hochschule bei der Erfüllung ihres Auftrags diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. des Finanzrechts), die eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich machen.

In Erfüllung ihrer Aufgaben ist die FernUniversität außerdem verpflichtet, alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Auch diese Maßnahmen können die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bedingen.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. e)

Weitere Informationen zu den Datenverarbeitungsvorgängen finden Sie in den zentralen Ordnungen und Regularien der Hochschule (z.B. der Zulassungs- und Einschreibungsordnung) sowie in den Nutzungshinweisen zu den einzelnen Anwendungen.

Darüber hinaus kann eine Datenverarbeitung erfolgen, sofern Sie hierzu Ihre explizite, jederzeit widerrufbare Einwilligung gegeben haben.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. a)

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffene/r i.S.d. DSGVO. *Rechte, die Ihnen als Betroffene/r* gegenüber der FernUniversität zustehen, finden Sie im letzten Abschnitt dieser Erklärung.

Hinweis:

Die FernUniversität ist als Hochschule dezentral in Fachbereichen bzw. Fakultäten organisiert und verfügt neben der Hochschulverwaltung über wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten. Die dezentrale Organisation spiegelt sich auch im Aufbau der IT-Systemlandschaft und den Websites wieder. Um Ihnen dennoch einen möglichst einheitlichen Überblick über die Datenverarbeitungsvorgänge zu ermöglichen, bildet diese Datenschutzerklärung den übergeordneten, verbindlichen Rahmen. Dort, wo Websites oder IT-Anwendungen eine zulässige weitere oder ergänzende Datenverarbeitung vorsehen, werden Sie auf der Seite selbst informiert.

IV. Datenverarbeitungsvorgänge im Rahmen der Nutzung von Zoom an der FernUniversität in Hagen

Zoom ist ein Cloud-Service des Anbieters Zoom Video Communications, Inc.USA. Der Cloud-Service ermöglicht Videokonferenzen und Online-Lehr und -Lernangebote. Die Teilnahme kann mittels mobiler Endgeräte (Tablet, Smartphone) und herkömmlicher PCs erfolgen. Für die Planung und Durchführung einer Online-Veranstaltung ist eine Registrierung des Veranstalters über das Zoom-Portal der FernUniversität in Hagen erforderlich. Durch die Registrierung werden Zoom-Konten angelegt, die von der FernUniversität in Hagen verwaltet werden. Diese Datenschutzerklärung und diese Hinweise gelten ausschließlich für Konten die an der FernUniversität verwaltet werden. Für die Teilnahme an Zoom-Meetings anderer externer Veranstalter gelten die Datenschutzhinweise des entsprechenden externen Anbieters.

1. Zweck der Datenverarbeitung

Zoom-Dienste werden verwendet um der durch die Covid-19-Pandemie gesteigerten Nachfrage nach Online-Videokonferenzlösungen nachzukommen und als Ersatz für Präsenzveranstaltungen. In diesem Rahmen erfolgt der Einsatz maßgeblich für folgenden Zweck:

- Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes zwecks Durchführung von Lehrveranstaltungen und Mentoriaten.

2. Umfang der Datenverarbeitung und Datenübermittlung

Für die unter IV. 1.) genannten Aufgaben und zur Teilnahme an Zoom-Meetings der FernUniversität werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Stammdaten (Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse, Kennung, Rechte, Rollen, Gruppenzugehörigkeit, Status, Abteilung, Telefonnummer und Aufenthaltsland bei Telefoneinwahl, optionale Profilingaben, Spracheinstellungen, ungefähre geographische Lage)
- Kommunikationsbezogene Meta-Daten (Meeting-Titel, Meeting-Beschreibung, Start- und Endzeitpunkt der Kommunikation, Beitritt/Eintritt von Teilnehmer*innen, IP-Adresse, Geräte- /Hardware-/Browser-Informationen wie MAC-Adresse, Geräte-ID, Gerätetyp, Angaben zum Betriebssystem, usw.)
- Kommunikationsinhalte (Text-, Audio-, Bild- und Videoübertragung, Dateiübertragungen, Audio- und Videoaufzeichnungen von Kommunikationsinhalten in der Zoom-Cloud)

Die FernUniversität in Hagen übermittelt im Rahmen der Registrierung und Authentifizierung der Veranstalter und optional auch der Teilnehmer an den Anbieter Zoom Video Communications, Inc in die USA, folgende personenbezogene Daten:

- Stammdaten (Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse)
- Mitarbeitenden-Status („ist Mitarbeiter*in der FernUniversität in Hagen“)
- Studierenden-Status („ist Student*in der FernUniversität in Hagen“)

Für die Datenverarbeitung hat die FernUniversität in Hagen mit dem Anbieter Zoom Video Communications, Inc. einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO abgeschlossen.

Die Datenübermittlung zu Zoom Video Communications, Inc. in die USA erfolgt außerdem gemäß Art. 46 Abs. 1 DSGVO unter der Dokumentation geeigneter Garantien. Bei Daten von Studierenden und Externen ist dies der Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission (2016/1250) im Rahmen des EU-US Privacy Shield. Bei Daten von Beschäftigten sind das die Standarddatenschutzklauseln (Art. 46 Abs. 2 lit. c und d DSGVO).

In Einzelfällen kann darüber hinaus eine Datenübermittlung an Dritte auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis erfolgen, zum Beispiel eine Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden zur Aufklärung von Straftaten im Rahmen der Regelungen der Strafprozessordnung (StPO).

3. Dauer der Datenverarbeitung / Datenlöschung

Die unter IV. 2.) aufgeführten Stammdaten werden bei Kontolöschung (oder beauftragter Kontolöschung) durch die betroffene Person gelöscht.

Die kommunikationsbezogenen Meta-Daten werden gelöscht, sobald die Speicherung nicht mehr für die Erbringung oder Aufrechterhaltung des Dienstes erforderlich sind.

Kommunikationsinhalte werden nicht über die Kommunikation hinaus gespeichert. Im Fall einer Aufzeichnung in der Zoom-Cloud, werden die Daten dort nach 30 Tagen gelöscht.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten von Beschäftigten bei der Nutzung von Zoom zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses sowie organisatorischer und personeller Maßnahmen ist Art. 88 DSGVO i.V.m. § 18 Abs. 1 DSG NRW die Rechtsgrundlage. Für Bewerber*innen ist eine Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 lit. a DSGVO unter Angebot einer alternativen Kommunikationslösung die Rechtsgrundlage.

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Durchführung von Lehrveranstaltungen und mit der Lehre in Verbindung stehender Kommunikation mit Zoom ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i.V.m. der Aufgabenzuweisung nach HG NRW die Rechtsgrundlage. Bei Prüfungen ist eine Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 lit. a DSGVO unter Angebot von alternativen Möglichkeiten die Rechtsgrundlage.

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Kommunikation mit externen Kommunikationspartner*innen im Verantwortungsbereich der Universität Bielefeld über Zoom richtet sich die Rechtsgrundlage nach dem konkreten Kommunikationsanlass. Regelmäßig in Betracht kommen dürften eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO, sowie bei Vertragsverhältnissen Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO.

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Nutzung von Zoom in Forschungsprojekten ist für Teilnehmer*innen eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a erforderlich. Bei Forschenden ist Art. 88 DSGVO i.V.m. § 18 Abs.1 DSG NRW die Rechtsgrundlage.

Bitte beachten Sie: Eine Verarbeitung von sensiblen Daten (Art. 9 DSGVO) sowie von Daten mit hohem und sehr hohem Schutzbedarf ist für Lehre, Forschung sowie im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses mit Zoom nicht zulässig. Generell ist vor der Nutzung von Zoom zu prüfen, ob in einer Kommunikation sensible Daten verarbeitet werden könnten und ob ggf. eine Alternative genutzt werden muss – erkundigen Sie sich bitte hierzu bei der Stabstelle für Datenschutz und IT-Sicherheit der FernUniversität in Hagen.

5. Verantwortungsbereiche der Inhalteanbieter

Verantwortlich für die Inhalte der Zoom-Veranstaltungen und -Meetings sind die jeweiligen Inhaltsanbieter (z.B. Lehrgebiete und Institute, Studierenden, allgemein: Veranstalter). Die Gestaltung der Inhalte ist sehr frei und kann unter anderem auch Inhalte enthalten, die über den hier beschriebenen Datenschutzrahmen hinausgehen. Der Inhalteanbieter ist in diesem Fall für den Datenschutz selbst verantwortlich.

V. Rechte der betroffenen Person

1. Auskunftsrecht – Art 15 DSGVO

Sie können von der FernUniversität eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;

(8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person. Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung – Art 16 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber der FernUniversität, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Die FernUniversität hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung – Art 18 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

(1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;

(2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;

(3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder

(4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Ihr o.g. Recht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

4. Recht auf Löschung – Art 17 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Ausnahmen:

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung – Art 19 DSGVO

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung – Art 7 Abs. 3 DSGVO

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Den Widerruf richten Sie bitte formlos an die Daten führende Stelle, der gegenüber Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, z.B. an ein Lehrgebiet für Daten im Rahmen eines Forschungsprojektes.

7. Widerspruchsrecht – Art 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art.

6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Sie haben auch das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, bei der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgt, dieser zu widersprechen.

Ihr Widerspruchsrecht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – Art 77 DSGVO

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die Aufsichtsbehörde der FernUniversität in Hagen ist die/der Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen.

<https://www.ldi.nrw.de/>

https://www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/index.php